

027.7

Zeitschrift
für
Bibliothekskultur

journal homepage: <http://www.0277.ch>

Editorial: Preisdruck

Bernhard Herrlich, Andreas Ledl, David Tréfás

In ihrer klassischen Rolle sind wissenschaftliche Bibliotheken dazu da, Forschenden, Lehrenden und Lernenden das von ihnen benötigte Wissen in welcher Aggregatsform auch immer anzubieten, das heisst die Informationsversorgung auf dem Campus sicherzustellen. Einige Bibliotheken haben auch den Anspruch, erworbenes Wissen beziehungsweise neuerdings auch Daten zu archivieren und zeitlich unbefristet zur Verfügung zu stellen. Im Idealfall sollten diese Angebote so weit wie möglich kostenlos erfolgen. Damit positionieren sich wissenschaftliche Bibliotheken zumindest im deutschsprachigen Raum auch als öffentliche Bibliotheken, die durch Steuergelder alimentiert werden und daher gegenüber der öffentlichen Hand verpflichtet sind. Bibliotheken orientieren sich folglich am Gemeinwohl. Lange Zeit hielt sich der einer liberalen Wirtschaftsordnung geschuldete Imperativ, wonach Bibliotheken als de facto staatliche Institutionen nicht in den freien Wettbewerb eingreifen dürften. Diese Losung geriet spätestens ins Wanken, als bedingt durch den technischen Wandel, die Bildung von Grossverlagen und Budgetkürzungen der öffentlichen Hand im Zeichen der wirtschaftlichen Deregulierung der Preisdruck auf die Bibliotheken zusehends wuchs.

Die Deregulierung der Wirtschaft ab den 1980er Jahren, zuerst in der angelsächsischen Welt, dann aber auch immer mehr in Europa, hat zu einem Aufschwung des *privaten Sektors* geführt, während die *öffentliche Hand* ständig Leistungen einsparen musste. An der Schnittstelle zwischen diesen beiden Welten befinden sich im Wissenschaftsbetrieb die Bibliotheken, welche durch eine gute Informationsversorgung Spitzenleistungen in Studium, Lehre und Forschung gewährleisten sollen; und dies für Wissenschaftler, die fähig sind, durch Innovationsschübe die Privatwirtschaft weiterzuentwickeln; und dies mit immer weniger Geld. Zwei Sphären begannen zunehmend aufeinanderzuprallen: Einerseits folgten Verlage und Informationsdienstleister in einem deregulierten Markt mit abnehmendem Schutz immer mehr einer liberalen marktwirtschaftlichen Logik. In dieser Sichtweise waren Bibliotheken nicht nur einfache Kunden, sondern in ihrer Machtfülle beschränkte Abhängige, ja geradezu Bittsteller. Bibliotheken, andererseits, blieben von Grund auf dem Gemeinwohl verpflichtet – ob einer bestimmten Wissenschaftsinstitution oder einer breiteren Nutzerschaft gegenüber, ist irrelevant. In ihrer Sichtweise nutzten Verlage ihre Macht schamlos aus, während sich Bibliotheken zunehmend in die Opferrolle fügten. Verlage mussten ihren Gläubigern Rechenschaft ablegen, umso mehr, da sich durch An- und Verkäufe immer grössere Unternehmen herausbildeten. Bibliotheken hingegen blieben weiterhin dem Staat beziehungsweise der Allgemeinheit verpflichtet, und mussten sich angesichts des wachsenden Spardrucks immer detaillierter für ihre getätigten Ausgaben rechtfertigen. Zwischen den beiden Sphären begann sich eine Schieflage zu bilden.

Selbstverständlich wenden selbst einige BibliotheksdirektorInnen ein, dass mit der Digitalisierung nun ja alles im Internet zur Verfügung stehe, und es daher keine Bibliotheken mehr brauche.¹ In dieser Sichtweise gelangt Information direkt, das bedeutet ohne Umweg über die Bibliotheken, an die Nutzer. Selbst wenn eingeräumt wird, dass Bibliotheken den stetig wachsenden Informationsfluss kanalisieren und verwalten müssen, gibt es bereits genügend Angebote für die weitgehende Umgehung von BibliothekarInnen und Bibliotheken. Approval Plans, Patron Driven Acquisition, Evidence Based Selection und weitere Modelle könnten tatsächlich zur Abschaffung wissenschaftlicher Stellen in Bibliotheken führen. Das überschüssige Geld stünde zumindest theoretisch für Erwerbungs-zwecke zur Verfügung, insbesondere um die steigenden Kosten der Informationsprodukte begleichen zu können. Doch ist diese Rechnung fern jeder Realität, wie das Beispiel Grossbritannien zeigt. Dort wurden als Folge der Finanzkrise ab 2008 Bibliotheksbudgets teilweise drastisch gekürzt.² Die Erwerbungsbudgets werden zu grossen Teilen von Verpflichtungen gegenüber börsennotierten Informationsanbietern aufgefressen – für weitere Anschaffungen bleibt immer weniger übrig. So gibt etwa die Bibliothek der ETH Zürich 60–70% ihres Budgets für Zeitschriften-Subskriptionen aus.³

Der Spagat, den Bibliotheken zwischen den beiden Sphären – steigende Preise versus schrumpfende Budgets – machen müssen, wird deutlich schwieriger, und Bibliotheken sind aufgerufen, sich für diese Rolle zu rüsten. Dafür sind viele noch zu passiv, wenn es wie in England heisst: “councils see libraries as ‘easy targets’ for cuts”⁴. Es gilt daher, und das ist das Thema der vorliegenden Ausgabe, sich mit einem neuen, durchaus selbstbewussteren Auftreten anzufreunden:

1. Bibliotheken müssen sich mehr Wissen aneignen, damit sie sich in der Welt der wissenschaftlichen (Verlags-)Publikationen noch besser zurechtfinden. Rüdiger Wischenbart fokussiert in seinen „Gedanken zur anhaltenden Kontroverse zwischen Bibliotheken und (Wissenschafts-)Verlagen“ auf die Ungleichheiten im System. Dabei stellt er fest, dass die Kluft zwischen den öffentlich unbeschränkt zugänglichen Wissensbeständen und denen, welche nur über kommerzielle oder institutionelle Zugangshürden erreichbar sind, fortwährend zunimmt. Diese Kluft identifiziert er als ein Problem der Wissensorganisation wie auch als gesellschaftspolitische Herausforderung der demokratischen Öffentlichkeit. Ein Blick auf die Gewinne der zehn grössten Anbieter lässt erahnen, weshalb weiter mit jährlichen Preissteigerungen zu rechnen ist.
2. Bibliotheken müssen verstehen, wie die Preise, die sie als zunehmend zu hoch erachten, tatsächlich entstehen, und welche Handlungsspielräume sich daraus ergeben. Raymond Dettwiler erläutert aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht, wie Preise überhaupt zu Stande kommen. Dabei stellt er fest, dass die Preismodelle bei wissenschaftlichen Zeitschriften noch immer kosten- oder wettbewerbsorientiert sind, nutzenorientierte Preisverfahren hingegen kaum umgesetzt werden. Nur bei Letzterem werden die Kunden mit einbezogen, was im vorliegenden Fall Bibliotheken mehr Mitspracherecht bei der Preisgestaltung einräumen würde.
3. Es stellt sich die Frage, welche Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Verlagen möglich ist. Dies scheint bei grossen Anbietern, die etwa bei Wischenbart im Fokus stehen, noch weit entfernt zu sein. Kleinere und mittlere Verlage sind jedoch viel mehr auf gute Kundenbeziehungen

¹<http://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/bibliotheken-weg-mit-den-buechern-interview-rafael-ball-eth-ld.5093> (Stand: 14.03.2016).

²<http://www.rin.ac.uk/system/files/attachments/Challenges-for-libraries-FINAL-March10.pdf> (Stand: 14.03.2016).

³[http://webpaper.nzz.ch/2015/09/06/wissen/MZSTF/fette-gewinne-dank-steuergeldern?guest_pass=16dd7e265c%3AMZSTF%](http://webpaper.nzz.ch/2015/09/06/wissen/MZSTF/fette-gewinne-dank-steuergeldern?guest_pass=16dd7e265c%3AMZSTF%3A)

[3Af998efea5e5bfd7f5ca6a6bdbbc64e9487c7290f6](http://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/bibliotheken-weg-mit-den-buechern-interview-rafael-ball-eth-ld.5093) (Stand: 14.03.2016).

⁴<http://www.thebookseller.com/news/libraries-are-easy-targets-council-budget-cut-decisions-319856> (Stand: 14.03.2016).

angewiesen. Um die Unsicherheiten und die Unmöglichkeit, den Verkaufserfolg der eigenen eLibrary Plattform vorher abzuschätzen, so Jonathan Beck in seinem Beitrag zur Preisgestaltung beim Verlag C.H. Beck, wählte der Verlag die Strategie, den Preis durch Marktbeobachtung, Kundenbefragung und die Anwendung von common sense zu finden. Dieser soll einerseits marktgängig sein, andererseits aber auch ein gewisses Austesten der Zahlungsbereitschaft von Bibliothekskunden ermöglichen.

4. Dennoch müssen sich Bibliotheken darüber Gedanken machen, welche alternativen oder parallel geführten Modelle entwickelt oder unterstützt werden können, wodurch nicht nur der Einkauf von Publikationen preislich günstiger wird, sondern auch Publikationsmodelle gefördert werden können, die der eigenen Wissenschaftsinstitution zu Gute kommen. Diesem Ansinnen geht Christian Gutknecht nach. Als Resultat des Versuchs, die Subskriptionszahlungen aller Schweizer Hochschulbibliotheken an Elsevier, Springer und Wiley in Erfahrung zu bringen, hält er fest, dass mit der neu geschaffenen Transparenz eine Basis für eine qualitativ bessere, vor allem datenbasierte Diskussion für den Wechsel zu Open Access gelegt worden sei. Denn in den Subskriptionskosten der Bibliotheken schlummere ein bisher ungenutztes Potential für eine umfassende Transformation zu Gold Open Access.
5. Schliesslich gilt es, das Bewusstsein für den technischen Wandel zu schärfen, der nur in losem Zusammenhang mit dem Wandel der wissenschaftlichen Bedürfnisse steht. Volker Oppmann fragt daher auch, ob Bibliotheken und wissenschaftliches Publizieren überhaupt eine gemeinsame Zukunft haben. Die Tatsache, dass heute schon einige wenige Konzerne weite Teile der öffentlichen Grundversorgung mit digitalen Inhalten kontrollieren (siehe Wischenbart), stelle eine Bedrohung für eine demokratische Wissens- und Informationsgesellschaft dar. Daher schlägt Oppmann ein Gegenmodell vor: Den Zusammenschluss der digitalen Bestände der Bibliotheken dieser Welt zu einer gemeinsamen digitalen Universalbibliothek. Welche Schwierigkeiten sich auch immer ergeben: Stehenbleiben sei keine Option!

Die Lektüre dieser Artikel lässt den Schluss zu, dass Bibliotheken durchaus die Möglichkeit haben, ihre Stimme in die Publikationsindustrie einzubringen. Insbesondere das Verständnis für die Preisgestaltung eröffnet Möglichkeiten der Einflussnahme und des Verhandels. Erscheinen die Handlungsspielräume in Bezug auf Grossverlage auch beschränkt, so sind sie bei kleineren und mittleren Verlagen umso grösser. Denn diese sind auf Bibliotheken als Kundschaft genauso angewiesen wie Universitäten auf die Produktionen der Verlage. Parallel lassen sich mit einer geschickten Open Access-Strategie zugleich Grossverlage herausfordern sowie bessere Bedingungen für Publizierende an der eigenen Universität erreichen. Schliesslich gilt es, kulturelle Vorbehalte gegenüber dem technischen Wandel mit Bedacht zu hinterfragen und auch einmal etwas zu wagen. Der Preisdruck, so viel ist sicher, steigt sowohl in der Forschung, bei den Verlagen und auch bei den Bibliotheken. Letztere tun gut daran, sich für künftige Verhandlungen mit ausreichend Expertenwissen und pragmatischen Strategien zu versorgen. Der Austausch zwischen den Bibliotheken zu diesem Thema ist unerlässlich geworden.